

Umweltschutz im «Ameisenhaufen»

Gespräch mit dem scheidenden Buwal-Direktor Roch

In seiner Amtszeit sei die Position des Umweltschutzes in der Schweiz fester geworden, sagt Philippe Roch, der die Leitung des Bundesamts für Umwelt, Wald und Landschaft (Buwal) Ende Monat aufgibt. Er konstatiert zunehmend härtere Bandagen in der Politik, glaubt aber, dass ökologische Fortschritte weiterhin möglich sind.

Nkm./wab. Die politische Diskussion ist härter geworden, der Weg zum politischen Resultat – in der Schweiz traditionell ein Kompromiss – wurde mühsamer, der Erfolg des politischen Prozesses ist nicht mehr so sicher wie früher. Das gelte allgemein und auch für den Umweltschutz, sagt der Ende September aus dem Amt scheidende Buwal-Direktor Philippe Roch. In den Kommissionen der Räte habe man noch vor fünf Jahren eher den Konsens gesucht als heute. Dennoch: Politik mit gutem Resultat lasse sich auch heute noch machen. Die zäh errungene Gen-Lex ist für Roch ein Beweis dafür; sie sei «das beste Gentechnikgesetz der Welt». Bei der jüngsten Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes war es das Parlament, das die zaudernde Landesregierung auf neue Naturpärke verpflichtete – und dafür sogar Bundesgeld bereitstellte.

Umweltschutz besser verankert

Seine Amtszeit unter den Titel «Von der Waldsterbensdebatte zum Desinteresse am Umweltschutz» zu stellen, hält Roch daher nicht nur für übertrieben, sondern für falsch. Die Entwicklung sei genau umgekehrt verlaufen: «Als ich im Buwal die Leitung übernahm, mussten Umweltorganisationen Politiker und Öffentlichkeit in vielen Bereichen für die Umwelt sensibilisieren, auch bei grossen Themen wie der Landwirtschafts- und der Verkehrspolitik.» Heute seien Belange des Umweltschutzes auch in diesen beiden Politikbereichen sicher verankert – was allerdings keineswegs bedeute, dass man die Ziele im Einzelnen erreicht habe.

Im Verkehrsbereich ortet Roch weiterhin gewaltige Umweltdefizite. Beim Autofahren habe eine «verrückt gewordene mobile Gesellschaft – nicht nur die schweizerische – jedes Mass verloren. Sie gleicht einem Ameisenhaufen.» Zwar unternimmt die Politik, beispielsweise mit der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) oder mit der Förderung des öffentlichen Verkehrs, manches und Wirksames gegen die drängenden Probleme. Aber die Verkehrsthematik berührt nicht nur technische, planerische oder organisatorische Probleme, sondern darüber hinaus Fragen der Zivilisation und sogar der Moral.

Philippe Roch, 1949 in Lancy bei Genf geboren, Doktor der Biochemie, verrät mit solchen Aussagen auch seine Herkunft aus der Umweltbewegung. Als der profilierte Direktor des WWF Schweiz 1992 von Bundesrat Flavio Cotti ins Buwal geholt wurde, schwante den Aposteln des technischen und automobilen Fortschritts Böses: Er wurde als trojanisches Pferd der Grün-Bewegten in einer Schlüsselposition der Bundesverwaltung beargwöhnt, dieweil für manche «Ökologen» sein «Seitenwechsel» nach Verrat am

Ideal aussah. In den ersten Jahren seiner Amtszeit wurde er manchmal als «grüner Fundamentalist» betitelt – eine Beurteilung, gegen die er sich auch heute noch wehrt. Wo Anliegen des Umwelt-

Roch leitet Konferenz der Rotterdam-Konvention

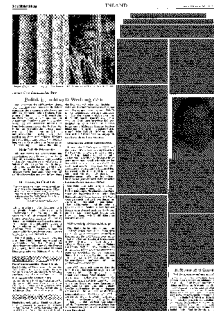
(ap) Die zweite Vertragsparteienkonferenz der Rotterdamer Konvention über die Ein- und Ausfuhr von höchst gefährlichen Chemikalien findet von Dienstag bis Freitag kommender Woche in Rom statt. Den Vorsitz führt Staatssekretär Philippe Roch, der mit dieser Tagung seine Amtszeit als Direktor des Buwal beendet. Thema der Konferenz ist die Umsetzung der Konvention von Rotterdam, mit der die Gefahren für Umwelt und Gesundheit verringert werden sollen. Zudem soll diskutiert werden, ob die drei Konventionen der Vereinten Nationen über chemische Stoffe in einem einzigen Sekretariat untergebracht werden sollen.

schutzes missachtet oder in die Diskussion einer politischen Materie gar nicht eingebracht würden, sei es seine Aufgabe als Buwal-Direktor, für die Berücksichtigung dieser Anliegen zu sorgen.

Dialog mit der Wirtschaft

Immerhin räumt Roch ein, dass er sich in seinen ersten Amtsjahren allzu stark auf die einzelnen, bisweilen sehr komplexen Dossiers seines Amtes konzentriert habe. Das Gespräch mit der Politik (den Parlamentariern) und der Wirtschaft sei in dieser Phase zu kurz gekommen. Müsste er heute nochmals neu beginnen, würde er sich die Zeit für einen regelmässigen Dialog nehmen. Man kann diese selbstkritische Aussage wohl auch als Empfehlung an seinen Nachfolger interpretieren.

Es ist ein Resultat dieses persönlichen Lernprozesses, wenn Roch den Wald-Bereich nur ungern ans Bundesamt für Landwirtschaft abgeben würde, wie dies der Bundesrat derzeit prüft. Es tue dem Geist des Buwal gut, wenn nicht nur der Aspekt des Schützens, sondern auch jener des



DocID: 2168861

MediaID: 0011

Color: 0

Topic: 0050176.60 Size: 52673mm²

Order: 0050176

Category: BUWAL

DocID: 2168861

MediaID: 0011

Color: 0

Topic: 0050176.60 Size: 52673mm²

Order: 0050176

Category: BUWAL

produktiven Nutzens im Amt vertreten sei. Der Wald sei ein jahrhundertealtes wirtschaftliches Kapital unseres Landes, dem eben gerade durch eine vernünftige Nutzung Sorge getragen werden solle. Einen Gegensatz zwischen Buwal und Landwirtschaft sieht Roch indessen nicht. Der Standard im Umweltschutz bemesse sich nicht zuletzt daran, wie ökologisch die Landwirtschaft sei. Das Instrument der ökologischen Flächenbeiträge dürfe nicht geschwächt werden, und allzu heftiges Sparen in diesem Bereich sei nicht sinnvoll.

Das Zauberwort von Rochs Amtszeit war nicht der Umweltschutz, sondern die Nachhaltigkeit, definiert durch ein Gleichgewicht von Ökologie, Ökonomie und Sozialem. Die Nachhaltigkeit ist zwar als Maxime in der Bundesverfassung festgeschrieben, aber noch lange nicht Realität geworden. Roch: «Politik wird erst nachhaltig sein, wenn wir uns bei jeder wichtigeren Entscheidung als Erstes fragen, welche Bedeutung sie für Umwelt, Wirtschaft und soziales Verhalten hat.»

Philippe Roch war als Vertreter der Schweiz – mit dem Titel eines Staatssekretärs – an unzähligen internationalen Konferenzen beteiligt. Wesentliche ökologische Fragen, etwa der Klimaschutz und die CO₂-Problematik, sind globale Probleme, an deren Lösung die Schweiz ihren Beitrag leisten muss. Am auffälligsten war dabei für den Buwal-Direktor, wie die Europäische Union im Umweltschutz eine weltweite Führungsrolle übernommen habe. «Die EU ist heute mindestens so gut wie die Schweiz», sagt der frühere WWF-Kadermann, der die Umweltstandards der EU vor 15 Jahren mit grosser Skepsis beurteilt hat. Positiv zu werten sei auch, dass die Entwicklungsländer, trotz ihren immensen Problemen, die Umweltpolitik heute als wichtigen Faktor der Entwicklung wahrnehmen.

Das habe 1992 in Rio erst langsam begonnen; heute sei man aber doch ein gutes Stück weiter gekommen. Fortschritte sieht Roch etwa in den drei Chemikalien-Konventionen, welche Handel und Einsatz von gefährlichen Stoffen (z. B. Pestiziden) regeln und beschränken. Als ganz grosse, international unbefriedigend geregelte Bereiche sieht Roch das Wasser und die Wälder, Letztere vor allem in den Tropen. Man habe noch zu wenig verstanden, dass die Verfügbarkeit von Wasser nicht einfach eine nationale Angelegen-

heit sei und dass die Sicherung von sauberem Wasser für kommende Generationen eng mit der Pflege der Wälder und Böden zusammenhänge.



Philippe Roch (Bild key)

Einsatz fürs CO₂-Gesetz

Klimapolitisch hat sich Philippe Roch sowohl auf schweizerischer wie auf internationaler Ebene eingesetzt. Er betrachtet sich als «Vater des schweizerischen CO₂-Gesetzes». Am allerwichtigsten ist ihm dabei heute, dass das Prinzip freiwilliger Massnahmen, verbunden mit dem Damoklesschwert einer CO₂-Abgabe, glaubwürdig erhalten bleibt. Der Entscheid des Bundesrates, die Treibstoffe mit dem Klimarappen, die Brennstoffe mit einer CO₂-Abgabe zu belasten, sei der bestmögliche Kompromiss. Man müsse trotz gestiegenen Ölpreisen am Instrument der Abgabe festhalten. Die angesichts der Preisschwankungen relativ bescheidene Abgabe könne zwar den Verbrauch nur bedingt lenken. «Die Möglichkeit, sich mit freiwilligen Massnahmen zur Senkung der CO₂-Emissionen von der Abgabe befreien zu lassen, fördert jedoch auch weiterhin die Innovationen in der Wirtschaft.»